

A3.4	Antrags.-Nr.:		
	Titel des Antrags:		
	Veränderungsantrag: Für sexy Bildung in NRW		
	Antragssteller:		
	BG Bielefeld		
	Angenommen	Abgelehnt	Vertagt

Antrag:

Die BG Bielefeld beantragt, den Forderungspunkt "Demokratie leben – Echte Mitbestimmung statt purem Konsum" (Z.97-120) wie folgt anzupassen:

Demokratie leben – Echte Mitbestimmung statt purem Konsum

Was gelehrt und gelernt wird ist Sache des Lehrplans und der Lehrkräfte. Freiräume zur intensiveren Diskussion eines Sachverhalts oder Themas existieren nicht und gerade Turbo- und zentrale Prüfungen haben eine Selbstbestimmung von Inhalten durch die SchülerInnen faktisch unmöglich gemacht. Zu einem demokratischen Bildungssystem gehört die eigene Mitbestimmung über Lerninhalte. Starr vorgesezte Materie, die die Bedürfnisse von Jugendlichen gänzlich ignoriert, erfüllt diese Anforderung nicht. Demokratie muss im Unterricht gelebt werden, sie muss außerdem Gegenstand des Unterrichtes sein. Heute geschieht dies in abstrakter Form allenfalls im Politikunterricht. Demokratie ist jedoch ein Querschnittsthema, das prioritär behandelt werden muss. Die Schwächung der SchülerInnenvertretungen durch die Abschaffung der Drittelparität der Schulkonferenzen hat die Entdemokratisierung der Schule befördert. Schülerschaftliches Engagement muss gefördert werden. Die SchülerInnenvertretungen brauchen mehr Freiräume, finanzielle Mittel und wirklichen Einfluss auf alles, was die SchülerInnen betrifft. Ferner müssen auch andere Mitarbeiter in Organisations- und Gestaltungsentscheidungen des schulischen Lebens mit ihren Interessen vertreten werden.

- Demokratie muss Schwerpunktthema sein
- Keine starren Lehrninhalte, Mitbestimmung für SchülerInnen
 - 40-40-10-10, statt Drittelparität (also jeweils 40% der Stimmen in der Schulkonferenz für die LehrerInnen und SchülerInnen, 10% für die Eltern und 10% für sonstige Mitarbeiter)
- Finanzielle Mittel der SchülerInnenvertretungen sicherstellen

Begründung:

Verändert wurde die Paritätsforderung, wie sie bereits nach einem Antrag von uns angenommen wurde. Die Begründung ist daher nach wie vor die selbe. *Eine Berücksichtigung des Mitspracherechts von anderem Schulpersonal (HausmeisterInnen, CafeteriamitarbeiterInnen, SekretärInnen, SchulpsychologInnen, Reinigungskräfte und sonstiger Mitarbeiter – darunter leider auch immer mehr hochqualifizierte 1€-Jobber) wäre wünschenswert. Eltern sind mit 20% Stimmenanteil ohnehin überrepräsentiert,*

45 *wenn man bedenkt, dass wir für eine selbstorganisierte, politisierte Schülerschaft eintreten wollen.*